

Statuten des Vereins

„Dark Night Devils Mandeswerde“

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- (1) Der Verein führt den Namen „Perchtenverein Dark Night Devils Mandeswerde“.
- (2) Er hat seinen Sitz in 2320 Mannswörth, Mannswörtherstraße 95/3/4 und erstreckt seine Tätigkeit auf Veranstaltungen zur Erhaltung der Tradition des Perchtenlaufes.
- (3) Die Errichtung eines Zweigvereins ist nicht beabsichtigt.

§ 2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die „Organisation und Abhaltungen von Veranstaltungen zur Erhaltung der Tradition des Perchtenlaufes und der Heimatpflege“.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- (1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
 - (2) Als ideelle Mittel dienen
 - a.) Gemeinsame Feste und Feiern, Versammlungen, Tagungen, gesellige Zusammenkünfte und sonstige Veranstaltungen;
 - b.) Förderung der Mitglieder durch Beratung sowie durch unterstützende Maßnahmen und Beiträge;
 - c.) regelmäßiger Kontakt der Mitglieder untereinander;
 - d.) Zusammenarbeit mit den übrigen kulturellen Verbänden
 - e.) Herausgabe und Zusendung von Informationsschriften und Mitteilungen.
 - (3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

- a) Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge
- b) Erträge aus Veranstaltungen
- c) Geschenke
- d) Spenden
- e) Sponsorengelder
- f) Vermächnisse und sonstige Zuwendungen

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

(1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche, Juniormitglieder, Lehrlinge, Bundesheer bzw. Zivildienstler, Anschlussmitglieder, Karenzmitglieder, Ruhestandsmitglieder, vorübergehende Notlage (AMS-

Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen, Notstandshilfebezieher/innen), körperlich eingeschränkte Mitglieder und Ehrenmitglieder.

(2) Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen, mit Anrecht auf ein Wahl bzw. Stimmrecht

(3) Außerordentliche Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrags fördern, ohne Anrecht auf ein Wahl bzw. Stimmrecht

(4) Juniormitglieder für Schülerinnen und Schüler bis 16. Jahre oder bis zum Abschluss der Schule, o h n e Anrecht auf ein Wahl bzw. Stimmrecht

(5) Anschlussmitglieder für Lebensgefährten und Familienmitglieder, o h n e Anrecht auf ein Wahl bzw. Stimmrecht

(6) Lehrlinge bis zur Beendigung der Lehrzeit, mit Wahl bzw. Stimmrecht

(7) Bundesheer bzw. Zivildienstler bis zur Beendigung des Bundesheeres bzw. Zivildienstzeit, mit Wahl bzw. Stimmrecht

(8) Karenzmitglieder auf die Dauer der Karenzzeit, sofern das Mitglied vor Eintritt der Karenz ein ordentliches bzw. außerordentliches Mitglied war, mit Wahl bzw. Stimmrecht

(9) Ruhestandsmitglieder ab Eintritt des Ruhestands bzw. Pension, mit Wahl bzw. Stimmrecht

(10) vorübergehende Notlage (AMS-Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen und Notstandshilfebezieher/innen), mit Wahl bzw. Stimmrecht

(11) körperlich eingeschränkte Personen, mit Wahl bzw. Stimmrecht

(12) Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden, mit Wahl bzw. Stimmrecht, mit Wahl bzw. Stimmrecht

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen, sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden.

(2) Über die Aufnahme von ordentliche, außerordentliche, Juniormitglieder, Lehrlinge, Bundesheer bzw. Zivildienstler, Anschlussmitglieder, Karenzmitglieder, Ruhestandsmitglieder, vorübergehende Notlage (AMS-Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen und Notstandshilfebezieher/innen), körperlich eingeschränkt Mitglieder und Ehrenmitglieder entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

(3) Bis zur Entstehung des Vereins erfolgen die vorläufige Aufnahme ordentliche, außerordentliche, Juniormitglieder, Lehrlinge, Bundesheer bzw. Zivildienstler, Anschlussmitglieder, Karenzmitglieder, Ruhestandsmitglieder, vorübergehende Notlage (AMS-Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen und Notstandshilfebezieher/innen), körperlich eingeschränkt Mitglieder und Ehrenmitglieder durch die Vereinsgründer, im Fall eines bereits bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die (definitive) Aufnahme bis dahin durch die Gründer des Vereins.

(4) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

§ 6 Art der Mitgliedschaft und Höhe

(1) ordentliche Mitglieder, einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 10.- Mitgliedsbeitrag

(2) außerordentlichen Mitglieder, einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 15.- Mitgliedsbeitrag

(3) Juniormitglieder einmalige Einschreibgebühr € 35.- und keinen Mitgliedsbeitrag

(4) Lehrlinge einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 5.- Mitgliedsbeitrag

(5) Anschlussmitgliedschaft einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 5.- Mitgliedsbeitrag

(6) Karenzmitgliedschaft monatlich € 2,50.- Mitgliedsbeitrag

(7) Bundesheer bzw. Zivildienstler, einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 2,50.- Mitgliedsbeitrag

(8) vorübergehende Notlage einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 2,50.- Mitgliedsbeitrag

(9) körperlich eingeschränkte Mitglieder einmalige Einschreibgebühr € 35.- und monatlich € 2,50.- Mitgliedsbeitrag

(10) Ruhestandsmitgliedschaft monatlich € 2,50.- Mitgliedsbeitrag

(11) Ehrenmitglieder keinen Mitgliedsbeitrag

§ 7: Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.

(2) Der Austritt kann nur zum 31. Jänner des Jahres erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens 2 Monat/e vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.

(3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

(4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.

(5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 8: Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen, außerordentlichen, Lehrlingen, Bundesheerangehörigen bzw. Zivildienern, Karenzmitgliedern,

Ruhestandsmitglieder, vorübergehende Notlage (AMS-Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen und Notstandshilfebezieher/innen), körperlich eingeschränkten Mitgliedern und Ehrenmitgliedern zu.

(2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.

(3) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.

(4) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.

(5) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.

(6) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins einen Schaden erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 9: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).

§ 10: Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet 1 x jährlich statt.

(2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf

- a. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
- b. schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
- c. Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
- d. Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
- e. Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten) binnen vier Wochen statt.

(3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).

(4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens 7 Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen.

(5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

(6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur ordentliche oder außerordentliche Mitglieder, Lehrlinge, Bundesheerangehörige bzw. Zivildienstler, Karenzmitglieder, Ruhestandsmitglieder, vorübergehende Notlage (AMS-Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen und Notstandshilfebezieher/innen), körperlich eingeschränkte Mitglieder und Ehrenmitglieder.

(7) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.

(8) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.

(9) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

(10) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Obmann/Obfrau, in dessen/deren Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Wenn auch diese/r verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 11: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Beschlussfassung über den Voranschlag;
- b) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsbericht und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
- c) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
- e) Entlastung des Vorstands;
- f) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche, außerordentliche, Juniormitglieder, Lehrlinge, Bundesheer bzw. Zivildienstler, Anschlussmitglieder, Karenzmitglieder, Ruhestandsmitglieder, vorübergehende Notlage (AMS-Bezieher/innen, Mindestsicherungsbezieher/innen und Notstandshilfebezieher/innen), körperlich eingeschränkt Mitglieder und Ehrenmitglieder;
- g) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- h) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- i) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 12: Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus Obmann/Obfrau und Stellvertreter/in, Schriftführer/in und Stellvertreter/in sowie Kassier/in und Stellvertreter/in¹.

(2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder

1

Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen,

der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.

(3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt 2 Jahre, eine Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

(4) Der Vorstand wird vom Obmann/von der Obfrau, bei Verhinderung von seinem/seiner/ihrer/ihrer Stellvertreter/in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/r auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.

(5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.

(6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag.

(7) Den Vorsitz führt der/die Obmann/Obfrau, bei Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Ist auch diese/r verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

(8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).

(9) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.

(10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.

§ 13: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
- (2) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
- (3) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c dieser Statuten;
- (4) Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
- (5) Verwaltung des Vereinsvermögens;
- (6) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
- (7) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

§ 14: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- (1) Der/die Obmann/Obfrau und dessen Stellvertreter/in sind mit dem Schriftführer die zu nach außen Vertretung befugten Organe, Sie führen die laufenden Geschäfte des Vereins.
- (2) Die Schriftführer - Stellvertreterin ist kein zur Vertretung nach außen befugtes Organ, Sie unterstützt den/die Obmann/Obfrau, dessen Stellvertreter und Schriftführer bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
- (3) Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des/der Obmanns/Obfrau, dessen Stellvertreter/in und des Schriftführers/der Schriftführerin oder Stellvertreter/in.
- (4) In Geldangelegenheiten (Vermögenswerte Dispositionen) des/der Obmanns/Obfrau und dessen Stellvertreter/in des Kassier/der Kassierin und dessen Stellvertreter/in.
- (5) Kassier/die Kassierin und dessen Stellvertreter/in sind keine zur Vertretung nach außen befugten Organe.
- (6) Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein, Innengeschäfte, bedürfen der Zustimmung des gesamten Vorstandes wie Obmanns/Obfrau und dessen Stellvertreter/in, Schriftführer/in und dessen Stellvertreter/in, Kassier/die Kassierin und dessen Stellvertreter/in.

(7) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.

(8) Bei Gefahr im Verzug ist der/die Obmann/Obfrau berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im

Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.

(9) Der/die Obmann/Obfrau führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.

(10) Der/die Schriftführer/in führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.

(11) Der/die Kassier/in ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

(12) Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des/der Obmanns/Obfrau, des Schriftführers/der Schriftführerin oder des Kassiers/der Kassierin ihre Stellvertreter/innen.

§ 15: Rechnungsprüfer

(1) Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von 2 Jahr gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.

(2) Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel.

(3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

(4) Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

§ 16: Schiedsgericht

(1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

(3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 17: Freiwillige Auflösung des Vereins

(1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

(2) Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, der österreichischen Muskelforschung, Vereinigung zur Erforschung von Muskelkrankheiten bei Kindern und Erwachsenen zugutekommen.

§ 18: Alkoholverbot

(1) Am 03.03.2017 wurde seitens des Vorstandes und der Vereinsmitglieder beschlossen, dass vor, während des Perchtenlaufes sowie bis nach dem Abbau der Requisiten ein absolutes Alkoholverbot besteht.

§ 19: Haftung

(1) Der Verein haftet keinesfalls für entstandene Schäden vor, während und nach den Perchtenläufer.

